



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/128

20. Oktober 1948

CDU-Krise mit üblen Manövern

Von Georg Alexander

Der große Aufwand, mit dem prominente bayerische CSU-Politiker den Angriff auf den Direktor für Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Schlange-Schönningen, vorgetragen haben, schien darauf hinzudeuten, daß die Urheber der Aktion eine schnelle Entscheidung erzwingen würden. Die Annahme, daß auf der Sitzung der Wirtschaftsfraktion am Montag ein definitiver Beschluß über einen gegen Schlange-Schönningen zu stellenden Mißtrauensantrag gefaßt werden würde, hat sich indessen nicht bestätigt, obwohl der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, eigen- zu dieser Sitzung herübergekommen war, um seinem bayerischen Widerpart, Dr. Joseph Müller, das Feld nicht allein zu überlassen.

Es erscheint wenig einleuchtend, wenn jetzt ausweichend erklärt wird, man habe sich mit Rücksicht auf Schlanges Erkrankung auf eine generelle Aussprache beschränken müssen. Offiziell weisen CDU und CSU in scheinbar schwesterlicher Gemeinschaft auch darauf hin, daß die Politik des Wirtschaftsdirektors Erhard einmütig und vollständig gebilligt werde. In der Tat scheint sich Erhard, nachdem ihm schon durch seine Wahlreden für die CDU eine gewisse Immunisierung gelungen war, am vergangenen Wochenende auch in München Rückhalt verschafft zu haben. Damit stellt sich das Problem, welche Politik auf dem Ernährungssektor eingeschlagen werden soll, für die CDU/CSU aber noch dringlicher als zuvor. Die bloße Feststellung, daß innerhalb der Parteien über die zu wählende Richtung verschiedene Auffassungen herrschten, und daß noch keine konkreten Vorstellungen darüber vorhanden wären, wie die Wirtschafts- und Ernährungspolitik zu koordinieren seien, ist dürftig genug. Derartige für die Öffentlichkeit bestimmte Äußerungen werden offenbar in erster Linie nur deshalb gemacht, um die scharfen Gegensätze innerhalb der "Schwesternparteien" zu verdecken:

In Wirklichkeit geht das Kesseltreiben gegen Schlange-Schönninge weiter. Zuverlässigen Informationen zufolge hat in der Montagsitzung der CDU/CSU-Fraktion eine Abstimmung darüber stattgefunden, ob der Antrag auf Abberufung Schlanges zu stellen sei oder nicht. Bezeichnenderweise ist die Abstimmung im geheimen Verfahren erfolgt und,

was noch mehr überraschen muß, man hat den Wählern selber das Ergebnis nicht bekanntgegeben. Der Fraktionsvorstand soll beauftragt worden sein, weitere Verhandlungen mit dem Ernährungsdirektor zu führen. Wenn es zutrifft, daß sich bei der geheimen Abstimmung keine Mehrheit für Schlanges Verbleiben im Amt ergeben hat, dann dürften diese Verhandlungen darin bestehen, den Direktor unter Vorbehalt des Abstimmungsergebnisses zu Konzessionen im Sinne des Erhard'schen Kurses, bei deren Verweigerung aber zum Rücktritt zu bewegen.

Ein anderer Beschluß der Fraktion nimmt sich noch sonderbarer aus: Oberdirektor Fänder wurde von der Fraktion beauftragt, gegen Ministerialdirektor Pödeyn ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Pödeyn, der Generalreferent für das Ernährungswesen und Sozialdemokrat ist, soll ebenfalls "beseitigt" werden, da er nach Ansicht der christlich-sozialen Bayern einen zu großen Einfluß im Sinne sozialdemokratischer Politik auf Schlanges Amt ausgeübt habe. Dem Fänder gegebenen Auftrag - übrigens ein parlamentarisches Kuriosum ersten Ranges - lag ein Bericht zugrunde, nach dem Pödeyn vor Pressevertretern erklärt haben sollte, der Zusammenbruch der Ernährungswirtschaft sei eine Folge der Erhard'schen Wirtschaftspolitik und Schlanges Schönungen werde nur als Sündenbock für diesen Zusammenbruch gebraucht. Diese angebliche Äußerung ist von einem der Konferenzteilnehmer des Sekretär der CDU-Fraktion zugetragen worden, der dann einen schriftlichen Bericht anfertigte. Die Fraktion hielt aufgrund dieser ungeprüften Unterlagen ein Disziplinarverfahren für notwendig, ohne Ministerialdirektor Pödeyn dazu gehört zu haben.

Sachlich ist zu dieser Angelegenheit zunächst zu sagen, daß es sich keineswegs um eine Pressekonferenz, sondern um eine informative Besprechung im kleinen Kreis handelte. Dies haben die beteiligten Journalisten, die am Dienstag dazu vernommen (!) werden sollten, selber zum Ausdruck gebracht. Sie wiesen in ihrer Stellungnahme ferner einmütig darauf hin, daß die Darstellung des Fraktionssekretärs der CDU über die Äußerungen Pödeyns nicht der Wahrheit entspricht. Damit ist der Versuch, einen leitenden Ministerialbeamten aus parteitaktischen Erwägungen auf dem Disziplinarwege zu Fall zu bringen, gescheitert.

Das üble Manöver der CDU, auch unter Anwendung dubioser Mittel ehrenhafte Persönlichkeiten aus dem Amt zu entfernen, verdient aber, festgehalten zu werden, weil es den politischen Stil dieser Partei treffend kennzeichnet. Bemerkenswert ist, daß auch diejenigen der beteiligten Journalisten der Wahrheit die Ehre gegeben und sich entschieden gegen solche Methoden ausgesprochen haben, die selber der CDU angehören.

Frankreichs Arbeiter in kommunistischer Hand

Von unserem Pariser Korrespondenten Alfred Frisch

Unter großem Aufwand - über 2000 Delegierte - hat die Confédération Générale du Travail (C.G.T.) vom 14. bis 15. 10. in der großen Ausstellungshalle der Pariser Messe ihren regelmäßig in zweijährigen Abständen stattfindenden Kongreß abgehalten. Noch nie hat die von den Kommunisten beherrschte C.G.T. so restlos auf die Fiktion der Unparteilichkeit verzichtet, noch nie hat sie offener zu verstehen gegeben, daß sie die Verteidigung der materiellen Interessen der Arbeiter vorbehaltlos der Erreichung politischer - kommunistischer - Ziele unterordnet.

Wie auf allen kommunistischen Tagungen, gab es keine echte Diskussion, von den üblichen Selbstkritiken auf zweitrangigen Gebieten abgesehen. Den Kernpunkt, den eigentlichen Zweck der Versammlung, bildeten zwei grundsätzliche Referate der Generalsekretäre der C.G.T. Benoit Frachon und Alain Le Léap, wovon der eine sich mehr mit der Innenpolitik und der andere, der offiziell nicht Mitglied der kommunistischen Partei ist, ausschließlich mit der Außenpolitik in streng sowjettreuer Linie befaßte.

Frachon bedauerte selbstverständlich den Ausschluß der Kommunisten aus der französischen Regierung, rügte wie üblich einen Einfluß Amerikas auf die französische Innenpolitik und zog schließlich in heftigster Form gegen de Gaulle ins Feld. Bezeichnend sind die von Frachon genannten wichtigsten Programmpunkte der C.G.T.: Befreiung von der "erdrückenden Last des Marshallplanes", Wiederaufbaupolitik im Rahmen des Monnetplans, der sonderbarerweise dem "Marshallplan entgegengestellt wird, obwohl seine Verwirklichung von Anfang an von der Erteilung bedeutender ausländischer Kredite abhing, Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den "Volksdemokratien", deutsche Reparationsleistungen, Bildung einer "demokratischen" Regierung, Auflösung der aufrührerischen Verbände de Gaulles, Steuerreform und schließlich auch eine einzige, gewerkschaftliche Forderung, nämlich Sicherung des der Arbeiterklasse im Wirtschaftsleben zustehenden Platzes.

Le Léap kennt für die deutsche Frage nur eine Richtlinie: das Abkommen von Potsdam. Auch er bestand auf bedeutenden, deutschen Reparationsleistungen; ferner zeigte er sich enttäuscht über die Entwicklung des deutschen Gewerkschaftswesens, da die Verbände der westlichen Zonen nicht nur "jede Einheit sabotierten, sondern sich auch zu Werkzeugen des amerikanischen Kapitalismus erniedrigten".

Diese beiden Reden bestätigen die bereits sehr weitgehende Politisierung der C.G.T., deren Vorstand sich nicht gescheut hat, "im Namen der französischen Arbeiterklasse" von der UNO die Annahme der

sowjetischen Abrüstungsvorschläge zu fordern und gleichzeitig gegen die "erbitterten Angriffe der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion" zu protestieren und zu versichern, daß Rußland der beste Verteidiger des Friedens, der Demokratie und der Freiheiten der Arbeiter sei;

Die Arbeiter wissen sehr wohl, daß diese Politisierung nicht ihren Interessen entspricht. Wenn es trotzdem der kommunistischen C.G.T. bis heute gelungen ist, einen großen Teil der werktätigen Bevölkerung unter ihrer Fahne zu sammeln, so nur deswegen, weil die steigenden Preise die Arbeiter in eine derartige materielle Sackgasse getrieben haben, daß sie jedem folgen, der ihnen mehr oder weniger gewissenlos eine energische Aktion verspricht. Gewiß, über Frankreich geht eine politische Streikwelle hinweg, sie ist aber nicht deswegen möglich, weil etwa die Arbeiter kommunistisch denken und handeln, sondern weil der Egoismus von Handel, Industrie und Landwirtschaft eine haltlose, soziale Notlage geschaffen hat. Acht Monate lang haben die französischen Massen ruhig auf die versprochene und durchaus mögliche Preissenkung gewartet und den kommunistischen Agitatoren kein Gehör geschenkt. Sie sind auch jetzt bereit, zur Arbeit zurückzukehren, wenn man ihnen ein Lebensminimum sichert. Politische Vernunft vor leeren Tellern soll man von ihnen aber weder erwarten, noch verlangen.

Mißlungene Rehabilitierung Benesch's

Von einem gelegentlichen Londoner Mitarbeiter

Unter den Tschechen ist - besonders nach dem Absterben Benesch's - die Version verbreitet, daß Benesch beim Gottwald-Putsch im Februar nicht versagt habe. Angeblich habe er der tschechischen Armee den Befehl gegeben, den Staatsstreich niederzuschlagen (die Panzer-Division Milowitz sollte "marschieren"), doch sei der Generalstabschef mit den Kommunisten im Bunde gewesen und habe Benesch's Eingreifen vereitelt. Dieser Versuch einer unbegründeten Rehabilitierung Benesch's ist gescheitert. Der frühere tschechische Verteidigungsminister, General Ingr, der nach dem Putsch aus der Tschechoslowakei geflüchtet ist, hat gleich nach seinem Eintreffen in England festgestellt, die Armee wäre von ihrem obersten Befehlshaber Dr. Benesch im Stich gelassen worden. Diese Meinung überwog auch in einer kürzlich in London stattgefundenen Versammlung tschechischer Soldaten, die in alliierten Armeen gedient haben. Der als Redner auftretende Beneschmann, Dr. Sychrava, konnte die Legende von dem Aktionsbefehl zur Zeit der Februarkrise nicht aufrecht erhalten. Er zog sich auf die Entschuldigung zurück, Dr. Benesch hätte mit der Ausgabe einer Kampfpapole einen "Verfassungsbruch" begehen müssen, weil seine legalen Vollmachten dazu nicht ausreichten. Das Lager der Kritiker obsiegte schließlich mit der konträren Meinung, daß Benesch als "Feigling und Verräter" gehandelt habe.

Der Wahlkampf in Schleswig-Holstein

Ri. In Schleswig-Holstein stützt sich der Wahlkampf in erster Linie auf die Frage der wirtschaftlichen Verhältnisse Westdeutschlands nach der Währungsreform. "Preise, Löhne und Frankfurter Wirtschaftsrat" - das ist das Thema. So war es verständlich, daß größte Beachtung ein sozialdemokratisches Wahlplakat fand, das eine CDU-Wahlparole schlagkräftig ergänzte. "Brecht die Macht der SPD" - plakatierte die CDU. Die SPD ergänzte das Plakat mit der Parole: "Brecht die Macht der SPD, dann gehen die Preise in die Höhe".

Die Sozialdemokratie rechnet damit, daß ihr gegenüber der Gemeindef- und Kreiswahl von 1946 ein erheblicher Teil an Wählern aus den Kreisen der Flüchtlinge zuströmen wird. 1946 war ein großer Teil der Flüchtlinge noch nicht wahlberechtigt. Die Flüchtlingsstimmen sind aber bereits bei der vorjährigen Landtagswahl so entscheidend ins Gewicht gefallen, daß die Sozialdemokraten die Regierung in Schleswig-Holstein allein bilden konnten. Selbstverständlich ist die Tätigkeit der Landesregierung einer der Hauptangriffspunkte der Opposition. Die Bodenreform mit ihren wohltuenden Auswirkungen für Flüchtlinge und landarme Einheimische und Schulreform mit vollständiger Schulgeldfreiheit sind die wirksamsten Gegenargumente der Regierungspartei. Messen sachlichen, unter den Flüchtlingen gewichtigen Erfolgen, setzen die Gegenspieler nationalistische Motive gegenüber, denen die Heimatvertriebenen oft genug verfallen.

Die CDU versucht, den Vorsprung der SPD durch eine wirksame Sammlungsbewegung auszugleichen, die völlig im Sinne des alten Bürgerblocks vor 1933 arbeitet. CDU, FDP und DKP (Konservative) haben sich in den meisten Kreisen zu einer Wahlgemeinschaft zusammengeschlossen. In dieser Wahlgemeinschaft erweisen sich jedoch die bisher zahlenmäßig weitaus schwächsten rechtsbürgerlichen Parteien in Wahrheit als die sehr viel aktiveren und in der nationalistischen Formulierung robusteren. Sie laufen der CDU den Rang ab.

Eine wesentliche Rolle in Schleswig-Holstein spielen die Auseinandersetzungen mit der Südschleswigschen Wählervereinigung (SSV), deren Bestrebungen letztlich auf die Abtretung Südschleswigs an Dänemark abzielen. Das Nahziel ist, Schleswig zu einem selbständigen Land zu machen. Zur Abwehr dieser Bestrebungen haben sich die deutschen Parteien größten Teils zu Wahlgemeinschaften zusammengeschlossen, um das Schleswiger Land bei Deutschland zu halten. Man nimmt an, daß die SSV umso mehr an Boden verliert, als die allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse günstiger werden. Jedoch gehört hierzu auch eine fühlbare Entlastung in der Flüchtlingsfrage, eine Entlastung, die nur von außerhalb des Landes kommen kann.

Der größte Gegner der Kommunisten

Sam Watson, der stellvertretende Vorsitzende der Labour Party, der am SED-Parteitag in Düsseldorf teilgenommen hat, schreibt im "Daily Herald" zum Thema Berlin. Wir entnehmen seinen Ausführungen die nachfolgenden Sätze.

sp. Es gibt meines Erachtens einen sehr einfachen Weg, die Berliner Krise beizulegen. Und zwar ohne Krieg, ohne Machtpolitik und ohne Nachgeben vor der Aggression. Man darf nur die Wahlurne entscheiden lassen und der Berliner Bevölkerung die Erlaubnis geben, ihre Meinung offen und ungeschminkt auszudrücken. Ihre Meinung über die russische Absicht, die Stadt nach Verdrängung der Westmächte in die russische Zone einzubeziehen, sollte gehört werden. Die sowjetische Verwaltung hat bereits den Plan der Stadtverwaltung torpediert, am 14. November Wahlen durchzuführen, indem sie den Druck von Wählerlisten im sowjetischen Sektor untersagte, die nach den gesetzlichen Bestimmungen sechs Wochen vor dem Wahltag fertiggestellt sein müssen. Nun haben die drei demokratischen Parteien im Berliner Stadtparlament einstimmig beschlossen, Stadtwahlen am 5. Dezember zu veranstalten. Zur Zeit besteht jedoch wenig Hoffnung, daß die Russen die Wahl in ihrem Sektor zulassen werden. Sollte dies der Fall sein, so sind die Sozialdemokraten für die Einrichtung eines Wahlamtes in den Westsektoren, in dem die Bevölkerung aus dem Ostsektor ihre Stimme abgeben könnte.

Berlin ist die einzige Stadt in allen russisch-beherrschten Teilen Europas, wo die Sozialdemokratie eine wachsende Macht bildet. Bei den letzten Berliner Stadtratswahlen im Oktober 1946 erhielten die Sozialdemokraten 48,7 Prozent aller Stimmen. In einer wahrhaft freien Wahl fürchten nun die Russen, daß die Berliner den Sozialdemokraten noch mehr Unterstützung zuteil werden lassen als zuvor. Und die Sozialdemokratie ist der Feind, den die Russen mehr als alle anderen, einschließlich des Kapitalismus, fürchten. Da sie die Sozialdemokratie nicht vernichten können, solange der westliche Einfluß besteht, versuchen die Russen jetzt, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben. Das ist ihnen bisher nicht gelungen, denn zwischen dem Wunsch und der Tat besteht die Bastion des demokratischen Geistes und der Entschluß, die demokratischen Prinzipien nicht aufzugeben. Dieser Instinkt hat bislang noch jeden Diktator überwunden. Ich bin fest überzeugt, daß er auch diesmal triumphieren wird.

Der Fall Arthur Horner

sp. Können Kommunisten verantwortliche Posten in einer demokratischen Gewerkschaft bekleiden? Diese Frage hat die englische Gewerkschaftsbewegung wiederholt beschäftigt. Bereits 1929 setzte man sich auf dem TUC-Kongress in Belfast mit dem Problem auseinander. Vom Generalrat wurde damals eindeutig festgestellt, dass kommunistische Gewerkschaftsführer untragbar seien, da die Arbeit der Kommunisten rein zersetzender Art sei. 1954 kam das Thema erneut zur Sprache. Der Generalrat bestätigte seinen Beschluss von Belfast und gab ein sog. "schwarzes Zirkular" heraus, durch das die Gewerkschaftsräte aufgefordert wurden, Kommunisten den Zugang zu massgebenden Positionen zu versperren. Dieses Zirkular wurde 1943 zwar suspendiert (wenn auch nicht formell zurückgezogen), weil sich die Kommunisten zur rückhaltlosen Unterstützung der Kriegsanstrengungen der Alliierten bekannt hatten. Aber es besteht faktisch weiter, wenn es auch kaum mehr beachtet wurde. Das beweist die Tatsache, dass es den Kommunisten in den letzten Jahren gelungen ist, in einer Reihe massgebender englischer Gewerkschaften Schlüsselstellungen zu besetzen.

Der bedeutendste Kopf unter den kommunistischen Gewerkschaftsführern Englands ist zweifellos der kleine, schwarz bebrillte Generalsekretär der Nationalen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Horner, der aus dem Kohlenrevier von Wales stammt, in jungen Jahren Wanderprediger der Baptisten und eine zeitlang auch Sparringspartner des damaligen Fliegengewichtsweltmeisters im Boxen war. Arthur Horner hat sich als glänzender Organisator erwiesen und verfügt über beachtliche rednerische Qualitäten. Er fiel bereits auf dem Belfast-TUC-Kongress unangenehm auf, als er während der Debatte über die Zulassung von Kommunisten in wichtige Gewerkschaftsstellungen von der Galerie herab Zwischenrufe machte und deshalb zum Verlassen des Versammlungslokals aufgefordert wurde, was er auch prompt tat. Nun hat Arthur Horner erneut in höchst unliebsamer Weise von sich redengemacht und die eingangs gestellte Frage abermals zu einem aktuellen Problem werden lassen. Er hat einer privaten Einladung der kommunistischen CGT in Frankreich, an deren Kongress teilzunehmen, Folge geleistet, in Paris dann aber namens der NUM (National Union of Miners) mehrere Erklärungen abgegeben, die in schroffem Widerspruch zur Haltung der NUM standen und deshalb vom derzeitigen Präsidenten der NUM, Will Lawther, der gleichzeitig Präsident des TUC ist, scharf zurückgewiesen wurden. Zwischen Horner und Lawther hat sich inzwischen ein hitziges Rededuell entwickelt, das Horner sogar zur Aufkündigung der langjährigen persönlichen Freundschaft veranlasste.

Will Lawther seinerseits ist entschlossen, den Fall Horner vor den Exekutivausschuss der NUM zu bringen, der am 26. Oktober zusammentreten wird. Lawther wirft Horner vor, dass er sich mit seinen Pariser Erklärungen gegen den Beschluss der NUM gestellt habe, die Produktions- und Exportpolitik der englischen Regierung zu unterstützen. Bekennt sich Horner zur Einhaltung der festgelegten Politik, so dürfte er auf einer eigens dazu einberufenen Delegiertenkonferenz der NUM von seinem Posten entfernt werden. Dass dieser Ausschluss vom TUC sanktioniert würde, steht ausser Zweifel. Dort hat man die wachsende kommunistische Infiltrierung in den einzelnen Gewerkschaften mit Aufmerksamkeit, aber auch mit Sorge verfolgt, und man ist entschlossen, reinen Tisch zu machen und das alte Problem einer endgültigen Klärung zuzuführen. (m/B65/2010/1/zhe)

Verantwortlich: Peter Raunau